

V-IA1 Humanität und Klassenkampf

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.04.2024
Tagesordnungspunkt: #8 verschiedene Anträge

1 Die migrationspolitische Debatte wurde über das letzte Jahr massiv verschärft.
2 Dabei übernehmen zum einen Politiker*innen von der Union bis zu den Grünen
3 rechte Narrative und wirken auf Asylrechtsverschärfungen hin. Zum anderen wird
4 als vermeintlich progressive Alternative immer häufiger eine Erzählung in die
5 Öffentlichkeit getragen, die die Verwertbarkeit von Geflüchteten in den
6 Vordergrund stellt. Es werde "keine Einwanderung in die Sozialsysteme geben,
7 sondern in den Arbeitsmarkt", beteuerte Arbeitsminister Hubertus Heil in diesem
8 Zusammenhang. Der Logik des Arbeitsministers und Gleichgesinnter nach, sind
9 Geflüchtete nur dann erwünscht, wenn man sie ausbeuten kann. Diese Logik zeigt
10 sich nicht zuletzt an der GEAS-Reform oder an Teilen des
11 Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Diese rassistische Migrations- und Asylpolitik
12 verurteilen wir deshalb nicht nur auf moralischer Ebene. Politische
13 Entscheidungen, die sich in diese rassistischen Kontinuitäten einreihen, müssen
14 als komplexe, vielfältige Klassenkonflikte eingeordnet werden.

15 Wir lassen uns nicht spalten

16 Dass die Ministerpräsident*innen der Länder nun die Einführung von Asylverfahren
17 in Drittstaaten fordern, reiht sich in diesen kontinuierlichen Kampf gegen uns,
18 die 99% ein. Die Unterdrückung Geflüchteter in Drittländern mit schlechter
19 Menschenrechtsbilanz ist bereits seit Jahren gängige EU-Politik, wie die
20 Asylpakete mit der Türkei oder Libyen in der jüngeren Vergangenheit zeigten.
21 Geflüchteten wird der Zugang und der Verbleib auf dem europäischen Festland so
22 zunehmend erschwert. Die Auslagerung von Asylverfahren, wie es Großbritannien
23 und Italien bereits vereinbart haben und welche nun deutsche Politiker*innen
24 fordern, stellt ein Konkurrenzdenken zwischen Geflüchteten und EU-Bürger*innen
25 in den Vordergrund. Während sie dies teilweise unter dem Deckmantel vermeintlich
26 humanitärer Anliegen fordern, zeigen die Entwicklungen in der europäischen
27 Migrations- und Asylpolitik der letzten Jahre eindeutig: Nicht Humanität ist das
28 Ziel, sondern die Spaltung der außereuropäischen von der innereuropäischen
29 Arbeiterklasse.

30 Der Klassenkampf gegen uns, die 99%, wird gleichzeitig an unterschiedlichen
31 Schauplätzen intensiviert. Denn wenn Menschen hierzulande um die wenigen
32 Kitaplätze konkurrieren und ein Geflüchteter dazu kommt, ist nicht der
33 Geflüchtete Schuld, sondern die politisch geschaffene Knappheit der Kitaplätze.
34 Die Schuld trägt eine Politik, die die soziale Frage nicht in unserem Interesse
35 behandelt und dafür sorgt, dass das gute Leben für alle immer weiter aus unserer
36 Reichweite gerät.

37 Wir stellen uns klar gegen eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten.
38 Mit dieser Asylrechtsverschärfung würde erneut Unrecht in Recht gegossen werden.
39 Stattdessen muss eine Politik für uns sichere Fluchtwege ermöglichen und vor Ort
40 eine gute Daseinsvorsorge sowohl für die hier-geborene Familie als auch für die
41 Familie auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Verfolgung bieten.

42 Von der Ampel für die Konzerne

43 Während die Ampel entgegen unserer Interessen immer gefährlichere Fluchtwege
 44 errichtet und an unserer Daseinsvorsorge kürzt, weitet sie die
 45 Westbalkanregelung aus und führt kurzzeitige, kontingentierte Beschäftigung ein.
 46 Die Bundesregierung maximiert mit diesen Maßnahmen die Ausbeutung von
 47 Arbeitskräften aus dem Ausland. Ihre Rechte und Möglichkeiten, sich gegen
 48 schlechte Arbeitsbedingungen oder Dumpinglöhne zu wehren und für bessere
 49 Arbeitsbedingungen einzusetzen, werden dadurch weiter beschnitten. Durch kurze
 50 Aufenthaltsdauern und eine fehlende Bleibeperspektive lassen migrantisierte
 51 Menschen die prekären Bedingungen über sich ergehen. So dürfen Arbeiter*innen im
 52 Zuge der neuen Regelungen zum Teil nur gebunden an eine befristete Beschäftigung
 53 und maximal acht Monate pro Jahr nach Deutschland kommen. Die Befristung macht
 54 eine langfristige Organisation faktisch unmöglich, da jeder individuelle
 55 Aufstand gegen die Bedingungen zur vorzeitigen Kündigung und damit auch zur
 56 Abschiebung aus Deutschland führt.

57 Gesellschaftlich werden solche Praktiken immer wieder in zwei Schritten
 58 legitimiert: Migrantisierte Menschen müssen besonders häufig in Jobs mit
 59 niedrigem Lohn und schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten. Rassistische Debatten
 60 legitimieren diese realen Missstände, indem sie die prekären Bedingungen
 61 fälschlicherweise der kulturellen Herkunft oder angeblichen biologischen
 62 Unterschieden derjenigen, die in den Berufen arbeiten, zuschreiben. Dabei hat
 63 dieser ausgesprochene Rassismus die Funktion für Profitinteressen weitere
 64 Möglichkeiten zu schaffen, migrantisierte Menschen noch stärker auszubeute.

65 Für uns ist klar: Rassistische Erzählungen und die Profitlogik, der alles im
 66 Kapitalismus unterworfen ist, gehen Hand in Hand und verursachen eine massive
 67 Überausbeutung von Menschen, die in ihrer Heimat aus verschiedensten Gründen
 68 keine Perspektive mehr haben. Dass einerseits ungewollte Geflüchtete in
 69 Drittstaaten abgeschoben werden sollen und andererseits als verwertbar gesehene
 70 Arbeitskräfte nach Deutschland einwandern sollen, entlarvt angeblich humanitäre
 71 Interessen. Weg mit Gesetzen, die das in geltendes Recht gießen und her mit
 72 einer Politik, die gute Arbeit für alle möglich macht - unabhängig von
 73 Staatsbürgerschaft und Geburtsort!

74
 75 Als GRÜNE JUGEND Niedersachsen kritisieren wir die systematische
 76 Hierarchisierung und menschenfeindliche Ausgrenzung von migrantischen Teilen der
 77 Arbeiter*innenklasse. Deshalb fordern wir:

- 78 • Aufenthaltstitel dürfen nicht vom Arbeitsgeber abhängen - dauerhafte
 79 Bleibeperspektiven jetzt!
- 80
 81 Migrantische Arbeitskräfte mithilfe von zeitlich begrenzten
 82 Aufenthaltstiteln in prekäre Arbeit zu zwingen hilft niemandem - außer den
 83 Profitinteressen der Konzerne. Stattdessen braucht es von Arbeitgebern
 84 unabhängige, sichere Bleibeperspektiven. Auch migrantisierte Menschen
 85 müssen sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren können!
- 86 • Ob aus dem Balkan, Südamerika oder aus Salzgitter: Gute Arbeit für alle!
- 87
 88 Einen Fachkräftemangel entschärft man nicht durch die Ausbeutung von

89 migrantisierten Menschen. Fachkräftemangel herrscht insbesondere dort, wo
90 der Lohn niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht sind. Dagegen hilft:
91 Leiharbeitsfirmen und undurchsichtige Subunternehmer-Konstrukte verbieten!
92 In diesen Arbeitsverhältnissen sind wirksame Kontrollen von
93 Arbeitnehmer*innenrechten nahezu unmöglich. Sie dienen darüber hinaus
94 Arbeitgeber*innen dabei, die Löhne und Arbeitsbedingungen bei den direkt
95 angestellten Kolleg*innen zu drücken. Höchste Zeit, diese ausbeuterischen
96 Schlupflöcher zu verbieten!

- 97 • Asylverfahren in Drittstaaten ohne uns!

98
99 Asylrechtsverschärfungen, die das ohnehin prekäre Leben Geflüchteter
100 verschlimmern, lösen keine Probleme in den Lebensrealitäten der Menschen
101 vor Ort. Wir lassen uns nicht spalten. Wir fordern, dass Niedersachsen
102 Forderungen nach Asylverfahren in Drittstaaten entschlossen ablehnt!

Begründung

erfolgt mündlich